

Rating-Warnung nun auch an Deutschland

bes. LONDON, 5. Dezember. Die amerikanische Ratingagentur Standard & Poor's hat die Regierungen von Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Österreich, Finnland und Luxemburg gewarnt, dass die Agentur die Bonitätseinschätzungen der Staatsanleihen dieser Länder mit möglicherweise negativem Ausgang überprüft. Dies berichtete die Zeitung „Financial Times“ am Montagabend. Derzeit verfügen diese sechs Staaten über die höchste Bonitätsnote der Ratingagenturen, ein „AAA“. Sollte die 90 Tage währende Überprüfung (credit watch) jedoch zu einem negativen Urteil kommen, würden die Ratings auf „AA +“ gesenkt mit entsprechend Risikoprämien. Dies würde also die Refinanzierungskosten für die Länder, an den Kapitalmärkten. Die Warnung von Standard & Poor's bezieht sich nicht etwa auf die fiskalpolitische Position der Länder oder den Schuldenstand, sondern auch bei Deutschland gehe es „um die Auswirkungen der immer größeren politischen, finanziellen und geldpolitischen Probleme der Währungsunion“. Die Agentur will die Überprüfung der Ratings zügig nach dem bevorstehenden Gipfeltreffen der Europäischen Union vom 9. Dezember abschließen. „Dass bisher kein Fortschritt dabei gemacht wurde, die Krise in der Währungsunion zu lösen, zeugt mittlerweile offenbar von struktureller Schwäche der politischen Entscheidungsfindung in der Währungsunion und der Europäischen Union“, warnt Standard & Poor's. Die Äußerungen der Ratingagentur sind die bisher deutlichste Warnung an Deutschland, dass sich Berlin letztlich nicht den Auswirkungen der Krise auf die Kapitalmärkte wird entziehen können. Anfang August hatte die amerikanische Agentur auch schon den Vereinigten Staaten die Bestnote entzogen und damit eine hitzige Diskussion über die Rolle der Ratingagenturen entfacht. Ihre wichtigsten Wettbewerber Fitch und Moody's hingegen hatten an ihrer positiven Bewertung festgehalten.